

Quelle: <http://www.ksta.de/html/artikel/1189662454770.shtml>

Kibiz: FDP-Chef spricht Machtwort
ERSTELLT 13.09.07, 15:33h

Düsseldorf - FDP-Landeschef Andreas Pinkwart hat ein Machtwort im Streit um das Kinderbildungsgesetz (Kibiz) gesprochen. "Das Kinderbildungsgesetz gehört zu einem der wichtigen Reformvorhaben der Regierungskoalition und wird wie alle anderen Vorhaben auch unter Berücksichtigung einzelner Verbesserungsvorschläge gemeinsam umgesetzt", sagte Pinkwart, der auch stellvertretender Ministerpräsident ist, am Donnerstag in Düsseldorf. Er reagierte damit auf Zeitungsberichte, wonach die Liberalen das Gesetz grundlegend ändern wollten. CDU-Generalsekretär Hendrik Wüst hatte auf diese Berichte verärgert reagiert.

Die Fraktionsvorsitzenden von SPD und Grünen, Hannelore Kraft und Sylvia Löhrmann, haben die CDU-FDP-Landesregierung unterdessen zur Rücknahme des Kinderbildungsgesetzes aufgefordert. "Kibiz ist Mumpitz und droht zu einem familienpolitischen Totalschaden zu werden", sagte Kraft. "Bei diesem wichtigen Thema arbeiten Rot und Grün eng zusammen", sagte Löhrmann. Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) müsse endlich einsehen, dass Kibiz die Kinderbetreuung gefährde. Das Gesetz müsse zurückgezogen werden.

Innerhalb der schwarz-gelben Koalition ist das Gesetz laut Kraft und Löhrmann heftig umstritten. Als Beleg führten die Oppositionspolitikerinnen eine Resolution der CDU-Kreistagsfraktion im Oberbergischen Kreis an. In der Resolution werden zahlreiche Korrekturen am Kibiz gefordert. Unterzeichnet ist das Papier von Kreistags-Fraktionschef Peter Biesenbach. Der CDU-Politiker ist zugleich auch Landtagsabgeordneter und Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU im Landtag. "Wenn selbst führende Christdemokraten an diesem Gesetz zweifeln, ist Kibiz nicht mehr zu retten", sagte Löhrmann.

Seit Wochen laufen Proteste gegen das Kibiz-Gesetz, das 2008 in Kraft treten soll. Die Landesregierung will durch das Gesetz bis 2010 rund 70 000 zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren schaffen. Geplant sind der Ausbau der Sprachförderung für Kinder und die Erweiterung von 3000 Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren. Die Kritiker des Gesetzes fürchten einen Anstieg der Elternbeiträge und Kürzungen bei Kitas, die nicht zu Familienzentren im Sinne des Gesetzes werden. (ddp)

Quelle: <http://www.wdr.de/themen/panorama/gesellschaft/familie/kinder/kibiz/070913.jhtml>

Opposition: "Misstrauensvotum" gegen Familienminister
Koalitions-Krach um Kibiz

Von Johannes Nitschmann

Wegen zunehmender Proteste bei Eltern und Kommunen verlangt die FDP gravierende Veränderungen bei dem geplanten Kinderbildungsgesetz (Kibiz) - beschwört damit in Düsseldorf eine Koalitionskrise herauf.

Der Zeitpunkt des Vorstoßes war offenkundig sorgfältig gewählt. Ausgerechnet an dem Tag, an dem Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) sein neues Buch auf der großen Berliner Polit-Bühne präsentiert und den "neoliberalistischen Lebenslügen" seinen Kampf ansagt, macht sein FDP-Koalitionspartner in Düsseldorf mächtig Ärger. Der Generalsekretär der NRW-FDP, Christian Lindner, verlangt "tief greifende Veränderungen" beim umstrittenen Kinderbildungsgesetz (Kibiz).

"Die Kindergärten sollen profitieren"

Die Liberalen sind durch den zunehmenden Protest von Eltern, Kommunen und freien Kindergarten-Trägern erkennbar beeindruckt. Kibiz-Kritiker beklagen bei dem Gesetz ungerechte Finanzie-

rungsstrukturen zu Lasten von Eltern und Kommunen sowie eine drohende Qualitätsverschlechterung in den Kindergärten. Der im Düsseldorfer Landtag bereits vorliegende Gesetzentwurf müsse "zurück in die Montagehalle, damit Kibiz ein Erfolg werden kann", hieß es aus der FDP-Fraktionsführung. Die FDP will die Kindergarten-Finanzierung wieder stärker an Gruppenpauschalen orientieren und nicht an Kindpauschalen. Diese hatten die Wohlfahrtsverbände und freien Träger massiv kritisiert.

Außerdem stellt Lindner die von Land geplante Entlastung der Kirchen bei ihren Kindergarteneinrichtungen - der Trägeranteil soll von 20 auf zwölf Prozent abgesenkt werden - zur Disposition. An der Absenkung des Trägeranteils könne nur festgehalten werden, "wenn davon die Kindergärten und nicht die Generalvikare profitieren", sagte Lindner. Zuvor hatten die Kirchen die Schließung zahlreicher Kindergartengruppen angekündigt. Und schließlich will der FDP-Generalsekretär in Kibiz einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für alle Zweijährigen in Nordrhein-Westfalen bereits ab dem Jahre 2010 durchsetzen.

"Nicht nervös machen lassen"

In der Düsseldorfer Landesregierung herrscht Irritation und Verwirrung. Aus der Regierungszentrale war am Donnerstag (13.09.07) auf Anfrage keine Stellungnahme zu erhalten. Der Generalsekretär der Landes-CDU, Hendrik Wüst, appellierte an den FDP-Koalitionspartner, sich nicht "vom zum Teil inszenierten Protest nervös machen zu lassen". Immerhin signalisierte Wüst den Freidemokraten Gesprächsbereitschaft, schloss grundlegende Nachbesserungen an dem Kibiz-Entwurf aber aus. "Ein Zurück in die Montagehalle wird es nicht geben."

Unterdessen wird der Unmut über das Kinderbildungsgesetz, mit dem die vorschulische Erziehung gestärkt und landesweit 70.000 Kita-Plätze für Unterdreijährige geschaffen werden sollen, auch an der christdemokratischen Parteibasis immer größer. Im Düsseldorfer Landtag kursierte am Donnerstag eine Resolution der CDU-Fraktion im oberbergischen Kreistag, in der massive Kritik und Vorbehalte gegen das Gesetzesvorhaben der eigenen Landesregierung formuliert werden. Unterzeichnet ist die Resolution von dem CDU-Fraktionschef im oberbergischen Kreistag, Peter Biesenbach. Der ist zugleich parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion und damit einer der wichtigsten Strategen von Regierungschef Rüttgers im Düsseldorfer Landtag.

Die Opposition reibt sich die Hände

In der rot-grünen Landtagsopposition reiben sie sich die Hände über die Ränkespiele in der Düsseldorfer Koalition. Vor allem der für den Kibiz-Entwurf zuständige Familienminister Armin Laschet (CDU) gerät immer mehr in Bedrängnis. Laschet habe "das Gesetz schön geredet und einen kinder- und familienpolitischen Totalschaden angerichtet", empört sich SPD-Oppositionsführerin Hannelore Kraft. Die FDP-Forderung nach einer Generalrevision des Gesetzentwurfes und die immer massivere Kritik an der eigenen Basis seien "ein klares Misstrauensvotum" für den Familienminister. Laschet müsse den Kibiz-Entwurf schleunigst zurückziehen und neues Kindergarten-Gesetz vorlegen, verlangte SPD-Fraktionschefin Kraft. Die Vorsitzende der Landtags-Grünen, Sylvia Löhrmann, kritisierte das Kibiz-Gesetz als "sozialfeindlich". "Kibiz gehört nicht in die Montagehalle, sondern in die Tonne."

Der attackierte Familienminister Laschet ging am Donnerstag zunächst auf Tauchstation. Er befand sich "in Sitzungen", verlautete lapidar aus seinem Ministerium. Einziger der FDP-Landesvorsitzende und Regierungs-Vize Andreas Pinkwart bemühte sich um rhetorische Abrüstung im Koalitionskrach. Das Kinderbildungsgesetz gehöre "zu einem der wichtigsten Reformvorhaben der Regierungskoalition" und werde "wie alle anderen Vorhaben gemeinsam umgesetzt", versicherte Pinkwart und fügte listig hinzu: "Unter Berücksichtigung einzelner Verbesserungsvorschläge."

Stand: 13.09.2007, 14:34 Uhr